

ORTSBOOTE

Wer bekam unsere 50.000 Euro?

Wie wir bereits berichtet haben, wurde eine Studie über die Verwendung der Babenberger-Kaserne mit 50.000 Euro durch die Gemeinde gefördert, ohne dieses Studienergebnis dann auch dem Gemeinderat zuzuführen und sie damit öffentlich zu machen.

Da die SPÖ -mehrheitliche Gemeindereregierung immer noch nicht willens ist, diese Studie einsehbar zu machen stellt sich die Frage: Warum nicht?

Der Empfänger des Geldes ist die BIG (Bundesimmobiliengesellschaft). Diese hat aber sicherlich keine Studie selbst erstellt sondern diese sicherlich erstellen lassen.

- Ist der Inhalt dieser Studie so niederschmetternd daß sie den Gemeindebürgern vorenthalten werden muß?
- Könnte vielleicht die Identität eines der Verfasser dieser Studie der wahre Grund für diese auffällige Geheimhaltung sein? Um wen genau handelt es sich dabei?
- Gibt es hier zu verbergende Verbindungen zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer?
- Spielt hier vielleicht sogar eine verborgene Parteienfinanzierung eine Rolle?
- Wurde es einfach verabsäumt die Studie offenzulegen, nach dem Motto. "Das geht doch die Bürger sowieso nichts an" und jetzt will man dieses Versäumnis unter den Teppich kehren?

Nichts wäre einfacher als zu sagen: "Da ist die Studie, wir veröffentlichen sie und jeder soll sich ein eigenes Bild vom Inhalt machen".



Offiziell ist die demokratische Gesinnung der SPÖ sogar "amtlich" dadurch definiert, daß der freie Bürgerwille nur als "Fehler" angesehen wird (siehe Interview mit Kanzler Faymann im Bezirksblatt) und daher wird diese Studie mit allen Details wohl nicht so schnell an die Öffentlichkeit, die sie ja schließlich bezahlt hat, dringen.

Wir erwarten die Offenlegung daher sicher nicht vor der anstehenden Gemeinderatswahl - wohl um nicht kompromittierend für bestimmte Kandidaten zu sein?

Wir bleiben jedoch am Ball und werden weiterhin mit allen legalen Mitteln versuchen diese immer spannender werdende Angelegenheit im Interesse der dafür zahlenden Bürger korrekt aufzuklären.

RP

Heizkostenzuschuss für 2009/10
Anträge müssen bis spätestens 30. April 2010
bei der Gemeinde eingebracht werden!

Drei gleichrangige Ortsteile ?

Ein ständig wiederholtes und daher wesentliches Argument für die visionäre Zukunft unter weiterer SPÖ Gemeindeverwaltung wurde bereits jetzt entlarvt.

Fröhliche Bürger aus Wöllersdorf berichteten von der Blumenspende durch die SPÖ anlässlich des Valentinstags.

Warum wir das erwähnenswert finden? Nun, diese Blumenspenden wurden offensichtlich allesamt ausschließlich in Wöllersdorf verteilt. Sämtliche von uns gefragten Bürger in der Feuerwerksanstalt sowie in Steinabrückl, haben erst dadurch von diesen "Geschenken" erfahren.

Davon sind selbstverständlich aktive Parteimitglieder ausgenommen und diese können des-

halb auch als Alibizeugen eingesetzt werden.

ALSO AUCH WEITERHIN DREI VERSCHIEDENE UND STRENG UNTERSCHIEDLICH BEHANDELTE ORTSTEILE ???

Bestimmte Ereignisse werfen eben ihren Schatten voraus. Dumm nur, dass dies gerade jetzt, unmittelbar vor der Gemeinderatswahl passierte.

PS: Bei direkter Nachfrage erhielten wir den Hinweis, dass ein Teil der Gemeinde Valentinstagsblumen - der andere Teil Muttertagsblumen erhält. Für uns ist es nicht nachvollziehbar, warum sogar hier Unterschiede in **einer** Gemeinde gemacht werden.

HEN

Geld, wohin gehst Du?

Endlich wurde bekannt, an wen die ominösen 50.000 Euro für die Kasernenstudie bezahlt wurden:

An die BIG (=Bundesimmobiliengesellschaft)

Dies schlägt dem Fass ja letztendlich den Boden aus!

Da wird also durch den Verkäufer - auf Kosten des Käufers - eine Studie erstellt um zu entscheiden, ob die Gemeinde eine Immobilie ankaufen soll oder nicht.



Sehen wir uns die Fakten einmal genauer an:

- Es geht um die Immobilie Babenberger-Kaserne in Wöllersdorf
- Der Anbieter ist die Firma SIVBEG (Strategische Immobilien des Bundes)
- Der Kaufinteressent ist die Gemeinde Wöllersdorf-Steinabrückl
- Das Gutachten wird von der BIG erstellt? aber zumindest an diese bezahlt.

Sieht auf den ersten Blick doch Gut und Vernünftig aus! ABER:

Etwas tiefer gegraben ergibt sich, daß der Anbieter (SIVBEG) nur zwei Eigentümer hat:

- Bundesimmobiliengesellschaft (BIG)
- Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (BMLVS)

und weiters:

- die BIG hat als alleinige Gesellschafterin die Republik Österreich, vertreten durch den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

Mit diesen Informationen ausgerüstet sieht der Sachverhalt jetzt ganz anders aus:

Verkäufer und Gutachter (zumindestens Zahlungsempfänger) sind eigentlich ident!

Das bedeutet: Wir bezahlen die Republik dafür, daß diese uns erklärt warum wir von ihr selbst ein Objekt kaufen sollen!

Diese Tatsache, wie so viele, wurde durch die sozialistische Mehrheit bis heute unter den Tisch gekehrt und vor der dafür zahlenden Bevölkerung einfach geheim gehalten.

Fortsetzung Seite 2

Bleibt eigentlich nur noch eine Frage übrig: Warum wird die Studie selbst geheim gehalten? Ausgehend von den oben genannten Verbindungen kann der Inhalt an sich ja nichts negatives sein - wer gibt eine Studie in Auftrag bei der er selber schlecht weg kommt? Für die Gemeinde wird wohl auch nichts böses darin stehen - wer gibt eine Studie in Auftrag die seinen Kunden verprellt?

Also bleiben nur mehr wenige Möglichkeiten:

- Es soll eine Person geschützt werden. Das würde bedeuten, irgend etwas mit oder in diesem Papier belastet eine Person - vorzugsweise der SPÖ nahestehend, da diese ja die Freigabe verhindert.
- Es soll eine Partei geschützt werden. Das würde bedeuten, daß das Parteiinteresse über das Gemeindeinteresse gestellt wird.
- Es soll ein Versäumnis verheimlicht werden. Das würde bedeuten, daß der Inhalt der Studie an sich nichts schlechtes ist, aber der Aussage eines einflußreichen Politikers zuwiderläuft.
- Justament. Die SPÖ will diese Studie nicht veröffentlicht sehen, da sie nicht selbst auf die Idee gekommen ist, und sie einer anderen Gruppierung ganz einfach nur eins auszuweisen möchte.

Gerne bin ich bereit mich eines besseren belehren zu lassen, aber dazu fällt mir nur ein Zitat ein: Keiner weiß, wer wen beschiss, aber alle wissen, sie werden beschissen!!!

RP

Bürger sind nicht gefährlich!

Es ist ein Flugblatt einer Bürgergruppe im Umlauf, die sich "Unterstützungskomitee" nennt und in welchem ein Bürgermeister Schifer gefordert wird.

So weit so Gut, das ist das verbriefte Recht jeder Gruppierung in einer Demokratie. Es ist auch legitim Freibier für alle zu fordern - ob man das auch erhält, ist freilich fraglich.

Nicht mehr so einfach zu verstehen und zu akzeptieren ist die Behauptung, dass Bürgerlisten gefährlich sind.

Diese Aussage von einer "Bürger"-Gruppe gegen andere Bürgergruppen zeigt das typische Verhalten einer Inquisition.

Jede Meinung ist zulässig so lange diese keine Irrlehre ist

und dazu

Jede Meinung außer UNSERER ist eine Irrlehre

Diese Einstellung hat bereits zu den Volksfeinde-Prozessen der Stalinistischen Zeit geführt, ist aber auch für die furchtbaren Geschehnisse am Tian'anmen-Platz verantwortlich.

Natürlich ist auch DIESES Verhalten von der Meinungsfreiheit wie ich sie verstehe gedeckt, aber natürlich darf ich auch hinterfragen wie es um die Gesinnung der durch diese Gruppe favorisierten Person bestellt ist.

RP



Machbarkeitsstudie Babenberger-Kaserne aus dem Jahr 2004

Aufgrund unserer beharrlichen Nachfrage, wurde dieser als längst abgeschlossen betrachtete Vorgang am Gemeindeamt nun doch „ausgegraben“ und wir können wie

zuzüglich der Aufwendungen für Schallschutz und Aufschließung mit weiterreichender Infrastruktur, sind ohne vollständigen



folgt berichten:

Die ursprünglich in öffentlicher Sitzung veranlasste Investition, hätte auch als Ergebnis dem Gemeinderat zur Genehmigung zugeführt werden müssen, um dann als fertige Studie durch einen neuerlichen GR-Beschluss, zukünftig den interessierten Bürgern zugänglich gemacht werden zu können. Ob dieser dafür wichtige Formalvorgang, damals lediglich aufgrund eines Versehens verabsäumt wurde, konnte von uns nicht mehr näher nachvollzogen werden.

Deshalb sind diese Unterlagen heute nur einem beschränkten Personenkreis zugänglich und es gilt strikte Vertraulichkeit über die genauen Einzelheiten. Über einen besonderen Bezug zwischen Auftraggeber sowie den damals ausführenden Personen und Mitarbeitern der Studienersteller, sind konkrete Auskünfte an die Öffentlichkeit rechtlich ebenfalls nicht zulässig.

Allerdings hat sich auch bis dato außer der UGI, kein anderer Gemeinderat jemals genauer über die tatsächlichen Ergebnisse zu dieser doch bedeutenden Ausgabe informiert. Dies ist leider auch vergleichbar mit allen anderen, periodisch durch die Gemeinderatsmehrheit genehmigten, Sonderinvestitionen bzw. Ausgaben.

Über die Werthaltigkeit solcher Studien im Vergleich zu den dafür geleisteten Kosten, gibt es bekanntlich häufig sehr unterschiedliche Auffassungen. Durch weitgehend veränderte Widmung der damals erhobenen Flächen und anderer Voraussetzungen etc., ist die heutige Gültigkeit dieser Studie sicherlich grundlegend in Frage gestellt.

Ein aktuelles Bild über eine mögliche Verwertbarkeit können Interessierte jedenfalls durch Einblick in die öffentlichen Feilbietung und die gültigen Einschränkungen der Verwendungsmöglichkeiten aus Sicht des Verkäufers, SIVBEG AG unter:

www.sivbeg.at

und deren ausführlicher Beschreibung zu diesem Projekt, gewinnen.

Der darin erwähnte Mindestpreis und die Folgekosten in zumindest vergleichbarer Höhe,

Masterplan (weitere Kosten!) zwecks Antrag zur möglichen(?) Umwidmung durch die Landesregierung, noch lange nicht überschaubar.

WICHTIG !!!:

Bei einer später höherwertigen Nutzung als der jetzigen Widmung (Kaserne/Gewerbe), wäre der Käufer außerdem vertraglich zur beträchtlichen Nachbesserung des Kaufpreises rückwirkend verpflichtet.

Das bedeutet: Sollte die Gemeinde für viel Geld Gebäude in einem bestimmten Ausmaß so adaptieren, daß z.B. "Junges Wohnen" möglich ist, erhöht sich dadurch auch noch rückwirkend der Kaufpreis beträchtlich!

Weiters ist noch ausdrücklich auf den Umstand hinzuweisen, daß der Verkäufer keine Garantie betreffend eventuell vorhandener Altlasten abgibt.

Das bedeutet wiederum: Sollte auf dem Gelände irgendwelcher Sondermüll entdeckt werden, geht die bekanntlich extrem teure Entsorgung, vollständig zu Lasten der Gemeinde.

Eine Entscheidung, ob so ein Projekt durch unsere Gemeinde anzustreben ist, müsste daher bei diesem völlig unbekannten Risiko, aus unserer Sicht zwingend die direkte Befragung der Gesamtbevölkerung unserer Gemeinde und deren mehrheitliche Zustimmung voraussetzen. Eine einsame Entscheidung im Gemeinderat, genügt uns jedenfalls dafür sicher nicht!

Die Wirtschaftskraft unserer Gemeinde und die sofortige Umsetzung von anderen, wirklich dringenden Investitionen, wären durch dieses Projekt über viele Jahre komplett blockiert.

Es ist auch unverantwortlich, dass durch den möglichen SP-Bürgermeisterkandidaten Schifer, mit dem Hinweis auf ein "Lager" und die damit verbundene, ohnehin bereits beängstigende Kriminalität, in der Bevölkerung unterschwellig und vorsätzlich weitere Unsicherheit geschürt wird, wodurch ein enormer psychischer Druck entsteht.

HEN

Seite 2

Keinen Zusammenschluß mit Wiener Neustadt!

Der Wiener Neustädter SPÖ - Bürgermeister Müller denkt öffentlich und lautstark über einen Zusammenschluss mit den Umlandgemeinden nach. Dazu würde rein rechtlich, eine qualifizierte Mehrheit im Gemeinderat bereits genügen

Erwartungsgemäß gibt es von Seiten der SPÖ in den voraussichtlich davon betroffenen Gemeinden - also auch in unserer - keine Stellungnahme dazu. Man darf also von einer freudigen Zustimmung ausgehen. Insbesondere, da damit hier bei uns die rote Mehrheit weiter zementiert und dort das gigantische Stadtdefizit vermindert werden könnte.

Ein solcher Vorschlag wird von uns jedoch ohne Wenn und Aber

ABGELEHNT



Soziale Aufgaben in der Gemeinde

Durch zahlreiche öffentliche und private Initiativen, ist eine Vielfalt von sehr interessanten Angeboten in unseren örtlichen Vereinen, die sicher die aktive Bevölkerung zur Teilnahme anspricht. Dafür sind auch entsprechende Förderungen im Gemeindebudget vorgesehen.

Wir dürfen darüber jedoch nicht jene Bürger vergessen, welche aufgrund von unverschuldeter Notlage und/oder anderen Umständen, an diesem Angebot nicht teilhaben können.

So ist uns ein Fall bekannt, wo in einer Familie nun seit ziemlich genau 5 Jahren eine Situation besteht, wo ein besonders tragischer Pflegefall existiert. Zwar wird gesetzliches Pflegegeld bezogen, dieses ist jedoch stark begrenzt da die gemeinsame Pension der Betroffenen, hauchdünn (wie so oft) über den durch den Gesetzgeber fixierten Limits liegt.

Deshalb ist die gesamte Familie gefordert, weitestgehend in Eigenleistung, die vielen Stunden aufzuwenden und auch den wesentlichen Teil der zusätzlichen Aufwendungen aus eigener Kraft zu finanzieren.

Abgesehen von der seelischen Belastung, ist die materielle Seite kaum zu bewältigen. So ist jetzt zB. nicht nur die für tägliche, mehrfache Reinigungen der laufend anfallenden Wäsche absolut notwendige Waschmaschine kaputt, zu allem Überflus, wurde auch noch die Luftmatratze (zur Verhinderung von Wundliegen etc.) über Nacht defekt. Diese zusätzlichen und überraschenden Ausgaben sind notwendig, aber alleine nicht leist-

bar. So lange die UGI im Gemeinderat eine Stimme hat, wird diese gegen eine Eingemeindung mit Wiener Neustadt erhoben werden.

Aus Sicht der Umlandgemeinden wäre ein solcher Zusammenschluß eine Katastrophe! Die Eigenbestimmung zum Beispiel im Bereich Verkehrslenkung oder Kulturförderung würde wegfallen, dafür aber zB. eine zentralistische Zuweisung von ortsfremden Bewohnern (statt der ansässigen Bedarfsträger) für Gemeindewohnungen im Ort erfolgen.

Aus Sicht von Wiener Neustadt ist es natürlich erstrebenswert, die finanziell gesunden Speckgürtelgemeinden in die Stadt zu integrieren, allein schon um die Einnahmen aus den Einkaufszentren, die durch die selbstzerstörerische Wirtschaftspolitik der Stadt aus dieser vertrieben wurden, wieder dem eigenen Topf zuzuführen.

Über die Bevölkerung kann ja dann wieder in bewährter SPÖ-Manier mehrheitlich "drübergefahren" werden.

Bitte stärken Sie uns deshalb bei der kommenden Gemeinderatswahl derart, dass dieses Horrorszenario verhindert werden kann.

Wir wurden bereits einmal zwangsweise zusammenggelegt, mit den Ergebnissen die wir alle kennen und unter denen die bewusst benachteiligten Ortsteile immer noch sehr leiden.

RP

bar.

Um hier rasch und formlos zu helfen, haben wir eine rein private Sammlung unter unseren aktiven UGI - Mitgliedern unternommen, um zumindest die größte und unmittelbare Not zu lindern. Nach dem bekannten Motto:

WER RASCH HILFT - HILFT DOPPELT !!

Aus verständlichen Gründen nennen wir keinen Namen. Wir nennen auch keinen Betrag, weil wir mit dieser Spende persönlich helfen aber nicht wahlwerben wollen.

Sehr wahrscheinlich wird dieser Fall dazu führen, durch die UGI einen permanenten Fond einzurichten, in welchen freie Spenden unserer Mitglieder und Förderer fließen sollen.

Neben eigenen und fremden Spenden sollen dafür auch anderweitig nicht verbrauchte Einnahmen aus allfälligen, persönlichen Bezügen aus Gemeinderatshonorar etc., zur Linderung bestehender Notfälle in der Gemeindebevölkerung, fließen.

Selbstverständlich sind auch Sie eingeladen, Ihren persönlichen Anteil zu leisten, wenn Ihr Budget dies zulässt.

ANDERE SPRECHEN DAVON - WIR SIND DAS SOZIALE GEWISSEN !!

HEN

Langfristige Konzepte

Besonders in der SPÖ Wahlwerbung wird auf die geplante Umsetzung von langfristigen Konzepten hingewiesen.

Die UGI hat für Sie nachgerechnet.....

Seit der Gemeindezusammenlegung 1972 (welche vielen Bürgern aus den unterschiedlichsten Gründen heute noch schwer im Magen liegt), saß ein absolutmehrheitlicher SPÖ-Gemeinderat an den Schalthebeln der Macht und hätte daher frei und ungehindert alle Entscheidungen treffen können. Warum wurde das nicht getan? Aber jetzt vor den Wahlen kommen wieder die vielen Versprechungen!

Nicht Alles war schlecht, aber dabei sind auch jene Ergebnisse auszuklammern, welche aus dem Bereich der Opposition stammen und aufgrund der realen Lebensnähe zum Bürger, einfach nicht still unter den Tisch fallen konnten.

Nach dieser langen Zeit immer noch von längst überfälligen Projekten für spätere Umsetzung zu sprechen und als Argument in dieser Wahl dafür zu werben, verstehen wir jedoch nicht. Wir wollen nicht noch einmal 38 Jahre darauf warten, daß endlich etwas geschieht!!

Es ist gut, für die Zukunft zu arbeiten, aber wir wollen schon jetzt für uns auch etwas davon haben!

Wer in so langer Allein-Regierungszeit nur wenige und sehr eigennützige Konzepte umsetzt, der hat sicher keine langfristigen Perspektiven für die Bedürfnisse aller Gemeindebürger in wirklich allen Ortsteilen von Wöllersdorf-Steinabrückl anzubieten.

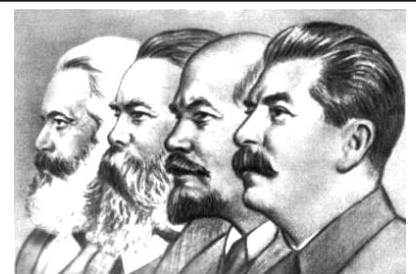
ANDERE sprechen von Konzepten - die UGI will die anstehenden Probleme jetzt lösen !!

Deshalb müssen endlich neue Kräfte die Möglichkeit erhalten, die bisher viel zu lange ignorierten Ideen und Wünsche ALLER Gemeindebürger, und zwar ohne spezielles Partei- und Eigeninteresse, zu realisieren.

Deshalb am 14. März UGI Liste 3
Wir nehmen uns Ihrer Anliegen wirklich an.

Wählen SIE, sonst wählen wieder ANDERE statt Ihnen !!!

HEN



**So leicht kann es Passieren:
Nur einmal nicht zur Wahl gegangen!
Schon ein bisschen zu lange an der absoluten Macht.**

Autoren:

IE Ida Eder
HEN Heinz Nowak
RP Ing. Rainer Pietsch

(eder.ugi@woest.at)
(nowak.ugi@woest.at)
(pietsch.ugi@woest.at)

Was braucht unsere Jugend?

Immer wieder wird von allen möglichen Gruppen darüber philosophiert, was unsere Jugend benötigt um ein ausgefülltes Leben in unserer Gemeinde führen zu können.



Der Weisheit letzter Schluß ist anscheinend eine zweckentfremdete Punschbude!

Wenn das wirklich die Ansicht der SPÖ-Mehrheit für Jugendpolitik ist, kann ich, als bei weitem nicht mehr Jugendlicher nur sagen:

Gute Nacht SP-Ortspolitik

Da sollten schon andere Angebote her! Mir schwebt da eher eine Einrichtung vor, welche

- groß genug ist um einmal eine Party, auch mit größeren Gruppen, feiern zu können, ohne Eltern oder Nachbarn mit dem - hier erwünschten - Lärm zu belästigen.
- Sanitärräume und eine kleine Küche besitzt
- beheizbar und wetterfest ist
- dann geöffnet ist, wenn sie gebraucht wird - also sehr oft und lang!
- die Möglichkeit bietet, in Eigenregie Getränke zu Selbstkostenpreisen anzubieten
- eventuell einen Billardtisch oder einen "Wuzzler" anbietet
- Platz und Räume für Gespräche und Treffen in kleinen und kleinsten Gruppen bietet
- nur der nötigsten Kontrolle unterliegt
- und deren Betriebskosten nicht vollständig auf die Benutzer umgelegt werden.

Dann, und nur dann wird ein solcher "Jugendtreff" wirklich zu einem Treffpunkt und nicht nur zu einer Alibihandlung.

Selbst Vater, habe ich natürlich auch meine Ängste - aber man muß der Jugend vertrauen. Ich bin sicher, dass Alkoholexzesse und Gewalt auch von unseren Kindern - denn vergessen wir nie, unsere Jundlichen sind unsere Kinder und keine andere Spezies - abgelehnt werden. Ein wirklich guter Rat für zwischenmenschliche Konfliktbewältigung und Angebote zur allfälligen Krisenbewältigung sind natürlich erforderlich, aber eben als Angebot im Sinne eines väterlichen oder mütterlichen oder wirklich freundschaftlichen: "Kann ich Dir helfen" und nicht als Verordnung im Sinne eines Überwachungsstaates.

RP

Wahlprogramm: Übernommen!

Endlich wurden viele, seit Jahrzehnten von der UGI geforderte und größtenteils auch im Gemeinderat eingebrachte, Vorschläge auch von anderen Parteien in deren Wahlprogramm übernommen. Die UGI ist darüber sehr erfreut, es kann schließlich keinesfalls schaden klüger zu werden.

Hier einige der übernommenen Forderungen im Detail:

- Gehweg zwischen Wöllersdorf und Steinabrückl.
- Ein vernünftiger Jugendtreff.
- Erstellen eines Verkehrskonzeptes.
- Schwerverkehrslenkung.
- Notwendigkeit eines Bauhofes.

Die UGI dankt allen Nachahmern für diesen Einsatz. Dadurch steigen die Chancen, dass diese Projekte doch endlich zum Wohle der Gemeinde durchgeführt werden.



RP

Demnächst.....

Tanzkurs

für Jung und Alt mit Dancingstar **Michaela Heintzinger** in Wöllersdorf-Steinabrückl! Detaillierte Informationen dazu werden in Kürze bekanntgegeben.

Informationsabend über

Sicherheit für Heim und Haus

mit Firmen aus der Gemeinde sowie dem Umland. Es werden unter anderem die Aspekte Eigenschutz, Sinn und Unsinn von Alarmanlagen, Gebäudesicherung, etc... behandelt. Termin und Veranstaltungsort wird auf

www.woest.at

bekanntgegeben.

IE

Wer gewinnt diese Gemeinderatswahl ?

Wer wird wohl diesmal als der Gewinner aus der Gemeinderatswahl hervorgehen?

Fragen wie diese machen die Runde und je näher der 14. März kommt, umso lauter und beherzter wird diskutiert, überraschenderweise auch ganz offen und sehr ehrlich.

Einstimmig ist nur, dass diesmal alles offen ist und es daher wirklich spannend werden sollte. Mehrfach auch zu hören, "diesmal selbst auch wählen zu gehen", weil endlich mitbestimmt werden soll.

Als nunmehr noch besser bekanntes Gesicht werde ich auch häufiger öffentlich angesprochen und um meine persönliche Meinung gefragt.

Dazu fällt mir als Antwort eigentlich zuerst immer nur ein, dass es hoffentlich der Wähler und Bürger ist, der diesmal den Gewinn davonträgt, indem er eine neue Gemeindeverwaltung bekommt, welche sich auch endlich um die bisher über viele Jahre, sogar bald 4 (vier!) Jahrzehnte, unerledigten Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung effektiv kümmern wird.

An bestimmte Parteien oder Fraktionen denke ich dabei eigentlich weniger, als an dafür fachlich und charakterlich geeignete Persönlichkeiten, die in der richtigen "Mischung" der Fachaufgaben klug und stark genug sein werden, mit der bisherigen Praxis der einseitigen Parteipolitik aufzuräumen und objektiv und sachbezogen die Krusten der Vergangenheit aufzubrechen.

Es gilt diesmal, im Geschichtsbuch von Wöllersdorf-Steinabrückl eine wirklich neue Seite aufzuschlagen und sich nach gemeinsamen Zielen zu richten.

Es ist allerhöchste Zeit, dass wir endlich und wirklich **eine** Gemeinde werden. Der erste Schritt dazu, ist eine wirklich hohe Wahlbeteiligung als Beweis des gemeinsamen Interesses am Gesamtwohl.

Nur so kann der Bürger auch der Sieger in dieser Wahl werden.

HEN

Wichtige Informationen

Viele wichtige oder nützliche Informationen, wie zum Beispiel

Ärztendienstleistungen mit Adressen und Telefonnummern

Apothekennotdienste

Notfalltelefonnummern

Veranstaltungskalender

Heurigentermine

finden Sie auf unserer Homepage

www.woest.at

IE

Impressum:

Medieninhaber, Hersteller und Herausgeber : UGI Unabhängige Gemeinde Initiative vertreten durch: Ida Theresia Eder, Gutensteinerstrasse 31, 2751 Steinabrückl
Erscheinungsform: Periodisch. Kontakt: eder.ugi@woest.at